

„Damit ist der Antrag auf Wiederwahl abgelehnt“

Oberursel (gt). Vor zwölf Jahren wurde Christof Fink zum Ersten Stadtrat gewählt, damals von der neuen Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD und OBG. Vor sechs Jahren, als eine Koalition aus CDU und SPD die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hatte, setzte er sich im dritten Wahlgang knapp gegen Thorsten Schorr (CDU) mit 23 zu 21 Stimmen durch. Dass es überhaupt zur Wahl zwischen zwei Kandidaten gekommen war, lag daran, dass die OBG Fink als Alternative zum Koalitionskandidaten aufgestellt hatte. Damals war man sich des Ergebnisses so sicher, dass man nur eine Ernennungsurkunde vorbereitet hatte – jedoch die mit dem falschen Namen.

Sechs Jahre später stand nun bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Fink als Kandidat der Kooperation von CDU und Grünen erneut zur Wiederwahl. Wie damals CDU und SPD hat die Kooperation auch dieses Mal eine Mehrheit von genau einer Person in der Stadtverordnetenversammlung. Zudem fehlte ein Stadtverordneter der Linken. Allerdings gab es nun keinen Wahlausschuss und auch keinen Gegenkandidaten. Und eigentlich hätte alles schnell gehen können. Doch das Ergebnis über die „Vornahme der Wiederwahl des Ersten Stadtrates“ wurde, noch bevor es zur persönlichen Wahl ging, mit 19:25 Stimmen abgelehnt. Eine kleine Chronologie mit Hintergründen:

Stadtverordnetenvorsteher Lothar Köhler hatte den Tagesordnungspunkt noch nicht fertig aufgerufen, da machte sich Fink mit seiner Frau auf den Weg aus dem Sitzungssaal. Jürgen Aumüller erläuterte für die CDU die Gründe für die Unterstützung ihres Kooperationspartners: „Christof Fink ist uns als CDU ein verlässlicher Gesprächs- und Verhandlungspartner in den letzten zweieinhalb Jahren gewesen.“ Das sei er selbstverständlich auch vorher gewesen, aber die aktuelle Kooperation bestehe erst seit zweieinhalb Jahren. Er zählte die Ressorts auf, für die Fink zuständig ist, aber auch seine Ämter in anderen regionalen Gremien, in denen er die Oberurseler Bürger vertritt. Als Besonderheiten nannte er, dass Fink für die moderne Ausrüstung und Gebäude der Feuerwehr, aber auch für die U3/Kita-Betreuung und die Umwandlung von Hort- in Ganztagsplätze an den Grundschulen verantwortlich sei.

„Wir als Kooperation möchten Christof Fink erneut mit dieser Aufgabe betrauen und würden uns über eine breite Mehrheit zu unserem Vorschlag aus diesem Haus sehr freuen“, erklärte Aumüller.

Viel Kritik von allen Seiten

Nachdem die AfD im Vorfeld den Rücktritt von Fink beantragt hatte, zog sie ihren Antrag zurück und Paul Beuter meldete sich zu Wort. Er sprach die Missverständnisse und Unstimmigkeiten an, die es in letzter Zeit mit den Elternbeiräten der Kindertagesstätten gegeben habe. Er berichtete von Sitzungen, bei denen Eltern gekommen seien, um Krippenplätze zu fordern. Auch für mehr Hortplätze habe es diese Forderungen gegeben, auch wenn „das eine Aufgabe ist, die die Stadt noch nicht erfüllen muss“, erklärte Beuter und ergänzte: „Das Verhältnis zwischen den Elternbeiräten und Herrn Fink ist zerrissen und zerbrochen.“

Dass noch kein Gespräch stattgefunden habe, sei ein „Kommunikationsdesaster“. Wenn nun beispielsweise die Kosten für die Kinderbetreuung steigen sollen, frage er sich, wie Fink ein vertrauensvolles Gespräch führen wolle. Er stellte daher seine Wiederwahl in Frage.

Für die FDP stellte Katja Adler die Frage, was Fink bis jetzt erreicht habe: „In den letzten zehn Jahren wurden 20 Prozent mehr Betreuungsplätze geschaffen, während die Kosten für die Kinderbetreuung um 70 Prozent gestiegen sind.“ Sie kritisierte, dass die Idee der FDP, die städtischen Kitas an freie oder kirchliche Träger zu überführen, „weggeschwiegen, wegnoriert, weggelegt“ wurde. „Es ist nicht gewollt“, betonte sie, ohne zu erwähnen, dass dies eine Entscheidung des Stadtparlaments im Februar 2022 war, bei der CDU, Grüne, SPD, Linke und Klimaliste alle dagegen waren.

Sie sprach auch das Problem mit dem Stadtelternbeirat an und deren Kritik an der fehlenden Einbindung in Themen der Kinderbetreuung. Es soll zwar Kommunikation auf dem Papier geben, aber praktisch scheint diese kaum stattzufinden. Sie las die Pressemitteilung des Stadtelternbeirats vor, in der es heißt, dass er seinen Aufgaben nicht nachkommen konnte, da die Zuständigkeit von der Stadt abgesprochen wurde, obwohl dies in ihrer Satzung festgelegt sei.

Andreas Bernhardt erinnerte daran, dass die OBG vor der Sommerpause einen Antrag auf Gründung eines Wahlvorbereitungsausschusses gestellt hatte. Denn es sei für sie wichtig, eine Wahl zu haben. Es hätte die Möglichkeit geben müssen, dass sich auch andere Kandidaten bewerben können. Doch der Antrag wurde damals von CDU, Grünen und ULO abgelehnt.

„Die Stadt Oberursel ist nicht auf Rosen gebettet, finanziell geht es uns sehr schlecht“, sagte Bernhardt. Die Schwierigkeiten im Bereich der Betreuung seien sehr vielfältig. „Jetzt sind es nicht nur fehlende Räumlichkeiten oder schlechte Planung, sondern es ist kein Personal da.“ Die OBG hatte zwar Fink vor sechs Jahren vorgeschlagen, aber „gleichwohl ist in den letzten sechs Jahren nicht das passiert, was wir uns erhofft haben.“ Auch die Idee mit einkommensabhängigen Gebühren wurde jahrelang diskutiert und dann „auf einmal wie vom Tisch abgeräumt“. Er vermisste in der Rede der CDU, „warum“ man Fink wählen soll. „Was soll in den nächsten Jahren passieren oder sich ändern? „Was hat er ganz toll gemacht?“

Aber es gab auch Lob von der OBG: „Besonders im Bereich des Klimaschutzes hat Fink aus unserer Sicht gute Verdienste geleistet, da hat er sich massiv eingesetzt“, sagte Bernhardt und ergänzte mit Blick auf die Bürgermeisterin: „Diesen Bereich hat er verloren.“ Er fragte sich nun, warum die Kooperation die Bürgermeisterin nicht bittet, ihm den Bereich wieder zuzuordnen, wo er so gut eingearbeitet ist. Schließlich warb er dafür, den Antrag auf Wiederwahl abzulehnen, die Stelle auszuscheiden und versprach: „Wenn Fink sich bewirbt und der beste Kandidat ist, werden die OBG-Stadtvordnenen ihn unterstützen und ihn wählen, aber wir wollen die Wahl haben.“ „Die Politikverdrossenheit der Menschen in Deutschland und auch in Oberursel hat viele Gründe, eines davon lässt sich heute Abend



Seit zwölf Jahren im Amt, nun muss er sich ganz offiziell um „seinen“ derzeitigen Job neu bewerben. Foto: Archiv

vortrefflich vorführen. Da sitzt die – wie auch immer genannte – Kooperation oder Koalition und beantragt die Wiederwahl eines Stadtrats, den die Bevölkerung mehrheitlich als Bürgermeister abgelehnt hat und zwar deutlich“, sagte Claudia von Eisenhart-Rothe (Klimaliste). Sie kritisierte, dass Fink nur durch die Stimmen der AfD vor sechs Jahren eine Mehrheit erreicht hatte: „In anderen Bundesländern nehmen Ministerpräsidenten die Wahl nicht an oder müssen zurücktreten. Aber hier in Oberursel ist alles anders.“ Ein fairer Wettbewerb um die besten Bewerber werde heute faktisch unmöglich gemacht.

Zuerst sei die fachliche Bilanz im Bereich der Kinderbetreuung, der Kommunikation mit Eltern und Einrichtungen „mehr als erschütternd“. Weiterhin warf sie ihm Freudlosigkeit, Fantasielosigkeit und fehlende Empathie vor. Auch Imgar Schlegel von der Linken kritisierte das gewählte Verfahren. „Hier hat sich die Koalition entschlossen, gegen einen Großteil der Opposition keinen Wahlvorbereitungsausschuss zu bilden, um von andere Kandidaten und Kandidatinnen auszuschließen. Damit nehmen sie auch Christof Fink die Möglichkeit, sich im demokratischen Wettstreit als besten Kandidaten zu präsentieren.“ Über Fink selbst sagte er, die „Kommunikation könnte besser sein“ und fragte welche Mitwirkungsmöglichkeiten der Stadtelternbeirat überhaupt hatte? Aber er war auch nachsichtig und erzählte von großen Unstimmigkeiten im Haushalt und dem Mangel an Fachkräften. „In dieser Situation würde es sicherlich auch anderen Stadträten sehr schwer fallen, diese Aufgaben zu übernehmen. Insofern bedauere ich wirklich, dass wir die Ideen und Vorschläge anderer möglicher Mitbewerber nicht anhören konnten“, erklärte Schlegel.

Nun ergriff Susanne Herz das Wort für die Grünen: „Christof Fink ist jetzt schon seit zwei Amtszeiten hauptamtlicher Erster Stadtrat und hat sich zu einem geschätzten und kompetenten Vertreter der Verwaltung nicht nur hier im Oberurseler Rathaus, sondern auch über die Grenzen Oberursels hinaus entwickelt.“ Wahrscheinlich kenne er die Stadt

wie seine sprichwörtliche Westentasche. Als Beispiele nannte Herz die Einführung der digitalen Bauakte, das Klimaschutzkonzept, das Radverkehrskonzept und den Ausbau der Kinderbetreuung. Er verfügt über „profunde Kenntnisse der politischen und aufgrund seiner Erfahrung auch der verwaltungstechnischen Abläufe“, lobte sie. Er würde mit beiden Beinen fest auf dem Boden stehen. „Was er verspricht, das hält er, und er verspricht nichts, was er nicht halten kann. Das macht seine große Verlässlichkeit aus.“

Elenor Pospiech (SPD) kritisierte auch, dass die Hessische Gemeindeordnung (HGO) diese Art der Wiederwahl ohne Ausschreibung zulässt. Von der ULO, die im Sommer die Bildung eines Wahlvorbereitungsausschusses abgelehnt hatte, gab es keinen Redebeitrag.

Nach etwas mehr als 40 Minuten gab es keine Wortmeldungen mehr und die Wahl konnte beginnen. Eigentlich hätte diese in zwei Schritten erfolgen sollen. Zuerst wurde über den „Beschluss über die Vornahme der Wiederwahl des Ersten Stadtrates“ abgestimmt – also darüber, ob die eigentliche Wahl ohne Ausschreibung durchgeführt werden darf.

Nach der Auszählung verkündete Köhler das überraschende Ergebnis: Nur 19 der 44 anwesenden Stadtverordneten hatten dem Antrag mit „Ja“ zugestimmt, 25 hatten mit „Nein“ dagegen gestimmt. „Damit ist der Antrag auf Wiederwahl abgelehnt“, erklärte Köhler. Im Saal herrschte zunächst Stille, dann war im Livestream ein leiser Applaus zu hören. Mindestens vier Stadtverordnete der Kooperation müssen gegen die eigene Fraktion gestimmt haben. Die eigentliche Wiederwahl fand entsprechend nicht statt.

Platz bereits verlassen

Fink durfte den Saal wieder betreten und die Sitzung wurde mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fortgesetzt. Als er später wieder am Rednerpult stand, sagte Bernhardt: „Ich gebe zu, es ist irgendwie jetzt ein komisches Gefühl, nach der Wahl hier so zur Tagesordnung überzugehen, so geht’s mir zumindest.“ Fink äußerte sich während der Sitzung nicht mehr. Als die Kamera am Ende des Livestreams herauszoomte, war zu sehen, dass er seinen Platz neben der Bürgermeisterin und dem Stadtkämmerer bereits verlassen hatte. Dafür postete er am Samstagvormittag eine öffentliche Stellungnahme auf Facebook: „Ich stehe gern und mit vollem Einsatz im Dienst meiner Heimatstadt. Deshalb hatte ich auch das Angebot einer weiteren Amtszeit gemacht. Das Abstimmungsergebnis von Donnerstagabend ist ein Schock, der mich sehr persönlich getroffen hat. Das werde ich nun für mich verarbeiten müssen. Darüber hinaus werde ich auch die Gespräche im politischen Raum suchen, um zu entscheiden, welche Konsequenzen ich aus den Ereignissen ziehe.“ Unterstützung fand er beim ehemaligen Bürgermeister Gerd Krämer (CDU), der kommentierte: „Wenn man einen Kandidaten ablehnt, muss man das offen vertreten. Wer verspricht (beispielsweise in einer politischen Vereinbarung) jemand (wieder) zu wählen, das dann nicht macht, handelt heimtückisch und charakterlos. Dieses üble Spiel hat Christof Fink nicht verdient. Ebenso wenig wie Thorsten Schorr vor einigen Jahren.“

Photo-Cirkel verkauft Grußkarten

Wie schon seit 2013 bietet der Photo-Cirkel im Kulturkreis Oberursel auf dem Kunst- und Handwerkermarkt während des Weihnachtsmarkts auch in diesem Jahr seine beliebten Grußkarten mit Motiven aus Oberursel und Umgebung an. Der Stand befindet sich im Rathaus rechts neben dem Haupteingang. Besonders beliebt sind winterliche Motive wie das Alte Rathaus von Berthold Schinke (Bild). Daneben sind auch Karten mit Motiven aus den anderen Jahreszeiten erhältlich. In diesem Jahr sind auch wieder neue Motive hinzugekommen, sodass inzwischen fast 50 Bilder erhältlich sind. Wer den Weihnachtsmarkt verpasst, kann die Karten bei Abnahme von mindestens sechs Karten auch unter Angabe der jeweiligen Bildnummern und der Anzahl, seiner Anschrift und Telefonnummer beim Leiter des Photo-Cirkels, Winfried Binder, per E-Mail an winfried.binder@arcor.de oder unter Telefon 06171-74814 bestellen. Die Karten werden dann nach Hause geliefert. Die Motive können im Internet unter www.photo-cirkel-oberursel.de/grusskarten/ angesehen werden. Die Karten kosten drei Euro.



700 Euro für Oberurseler Werkstätten

66 sportbegeisterte Mitarbeiter der Süwag-Gruppe haben im Sommer am 18. Zimmersmühlenlauf der Oberurseler Werkstätten für Behinderte teilgenommen, der seit 14 Jahren von der Süwag und ihrer Netztochter Syna unterstützt wird. Insgesamt sind seitdem rund 1300 Teilnehmer für das Unternehmen gestartet. In diesem Jahr konnten sich die Oberurseler Werkstätten über ein Sponsoring der Süwag-Gruppe und eine Spende der Mitarbeiter von 700 Euro freuen. Der Bad Homburger Syna-Prokurist Thomas Fösel (l.) und Oliver Ernst (r.) vom Orga-Team der Süwag übergaben gemeinsam die Förderung an die Oberurseler Werkstätten. Andreas Knoche (Mitte), Betriebsleiter der Oberurseler Werkstätten, freut sich sehr für seine Einrichtung: „Das Engagement der Süwag-Gruppe und deren Mitarbeiter kann sich sehen lassen. Durch diese Aktion wird ein sozialer Beitrag geleistet, der unseren Menschen mit Handicap zugutekommt.“ Das Geld planen die Oberurseler Werkstätten für eine neue Möblierung des Außenbereichs ihrer Hauptwerkstatt einzusetzen. Foto: Hochtaunuskreis

